

Wend-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Postvertriebsort: Dortmund.

Volksblatt

für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 338

Samstag, den 10. Dezember 1938

Jahrgang 1938

Die Achse, der Weg in die neue Zukunft

Korporationsminister Lantini spricht in einer Festsetzung der Reichsarbeitskammer.

Kundgebung der Freundschaft

Berlin, 9. Dezember.

Der zum Studium des nationalsozialistischen Wirtschaftsaufbaues in Deutschland weilende italienische Korporations- und Wirtschaftsminister, Excellenz Ferruccio Lantini, entwickelte am Freitagvormittag bei einer feierlichen Tagung der Reichsarbeitskammer im großen Sitzungssaal der Reichsoper in einem grundlegenden Vortrag die Leitgedanken des italienischen Korporationswesens und der faschistischen Wirtschaftspolitik. Die Tagung der Reichsarbeitskammer gestaltete sich zu einer herrlichen und begeisterten Kundgebung der Freundschaft der beiden Völker.

Minutenlanges stürmischer Beifall begrüßte Excellenz Lantini, als er neben Dr. Ley Platz nahm. Nach einer kurzen Begrüßung durch Reichsamtseiter Hupfauer nahm Dr. Ley das Wort.

„Die Achse Berlin-Rom“, so stellte er unter stürmischen Kundgebungen der Zuhörer fest, „ist eine unumstößliche Tatsache. Man kann wohl sagen, daß sich um diese Achse heute die gesamte Welt dreht, daß sie zu einem Faktor geworden ist, der das politische Leben der Welt bestimmt.“

Immer wieder von lebhaftem Beifall unterbrochen, kennzeichnete Dr. Ley im Verlauf seiner Ansprache die ungeheure Bedeutung des zwischen den beiden Völkern eingeleiteten Arbeitsverständnisses. Er erinnerte an seine vor dem Duce getroffene Feststellung, daß die diplomatischen Kanäle der beiden Länder zu eng geworden seien und daß Volk zu Volk wolle. Deshalb seien im vergangenen Jahre 30 000 Arbeiter ausgetauscht worden, eine Zahl, die sich in diesem Jahre auf 60 000 erhöhen werde und im nächsten Jahre voraussichtlich auf 130 000 anwachsen werde.

Dr. Ley ließ schließlich noch einmal Excellenz Lantini als einen der ersten Mitarbeiter des Duce und als alten Faschisten auf das herzlichste willkommen und bei ihm, die Ideen und das Wesen der faschistischen Wirtschaftsführung darzulegen.

Dann ergriff

Excellenz Lantini

das Wort zu seinem Vortrag, der immer wieder von stürmischen Beifall unterbrochen wurde. Minister Lantini gab eine Darstellung der Entwicklung des korporativen Aufbaues, wie er sich in den letzten Jahren des faschistischen Regimes und des Weltkrisenjahrhundert vollzogen hat.

Durch die revolutionäre Tat des Faschismus sei in vier Jahrzehnten der italienische Staat so neu geformt und erneuert worden, daß hier ein neuer Staatsstypus entstanden sei. Die faschistische Revolution sei von dem einfachen Erkenntnis ausgegangen, daß der Mensch in der Volksgemeinschaft die erste, wichtigste und nicht wegzudenkende Reimasse bilde.

Bei der Schöpfung des italienischen Staats- und Wirtschaftsaufbaues legte Excellenz Lantini die Erkenntnis zugrunde, daß das wirtschaftliche Leben der Nation nicht von dem allgemeinen Leben getrennt werden könne und kein Eigenleben führen dürfe, da es, ebensowenig wie eine tiefe und unüberbrückbare Kluft zwischen den Wirtschaftsklassen und den Klassen gebe, auch keine absolute Trennung zwischen dem Leben der Einzelperson und der Gemeinschaft, zwischen Privat- und Volkswirtschaft geben dürfe. Im einzelnen ging dann der italienische Minister auf die Organisationsformen des italienischen Staates und der Wirtschaft ein. Er erinnerte an das Wort des Duce, wonach der Staat als die rechtliche Erfindungsmacht und die lebendige Vorförderung der Nation betrachtet werde: „Alles im Staat, alles für den Staat, nichts gegen den Staat.“

Unter den markanten Entwicklungsetappen hob Lantini die Carta del Lavoro hervor, die — etwa unterm Geleitz der nationalen Arbeit verfaßt — die Grundzüge des wirtschaftlichen Lebens regle. In einer Erklärung dieses Grundgesetzes heiße es, daß die Arbeit in allen ihren Erscheinungsformen eine soziale Pflicht sei. Der faschistische Staat halte in seinen Händen die Fäden der gesamten nationalen Wirtschaft. Er lenke sie, prüfe sie und richte sie aus dank der Mitarbeit der am Produktionsorgan

interessierten Kreise, die der Staat selbst durch seine Geleite zur gemeinsamen Tätigkeit berufen habe. Dabei vermeide der faschistische Staat jene absolute Persönlichkeitsvernichtung des einzelnen Menschen, die dem kommunistischen Staat eigen und für ihn kennzeichnend sei.

Die Organisation der Lebensform der Völker, wie sie das 19. Jahrhundert entwickelt habe, habe weder dem deutschen noch dem italienischen Volk genügt. Italien und Deutschland, die Vorkämpfer der großen historischen Erkenntnisse, die Schöpfer der neuen Doktrin, hätten die Dringlichkeit der Frage erkannt, den Staat zu reformieren, ihm Autorität und die Kraft zur Einigung zu verleihen, damit er seine Aufgaben im 20. Jahrhundert erfüllen könne. „Wenn man nicht will“, so schloß Lantini, „daß das Verhältnis hereinbricht und seinen zerstörenden Lauf in der Weltgeschichte nimmt, müssen wir nicht nur denken, sondern auch handeln, bewußt und stark. Und in diesem Handeln weisen heute Italien und Deutschland den Weg in die neue Zukunft!“

„Ich will den Frieden mit Deutschland!“

Bewegte Aussprache in der französischen Kammer. — Daladier im Angriff.

Abrechnung mit der Volksfront.

(1) Paris, 9. Dezember.

Die Kammer hatte am späten Abend des Donnerstags die Fortführung der Aussprache über die Interpellationen auf Freitag verlegt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung hatte sich noch der Abgeordnete Colomb (demokratische Linke) mit aufschreienden Auslassungen für die Regierung erklärt. Sie habe den Frieden geteilt und durch die Niederlage des Generalstabs eine innere Revolution verhindert. Colomb wies auf die finsternen Maschinen der kommunistischen Partei hin, die ihre Weisungen aus Moskau empfangen und die Länder gegeneinander hetzen wolle, um seine Weltrevolution zu entfachen. Als der Abgeordnete ausmachte, welche Folgen ein Sturz des Kabinetts Daladier haben würde, verneinte der Ministerpräsident durch energisches Kopfschütteln die Andeutung, daß dann eine marxistische Regierung wiederkehren könne, er müßte aber zugeben, als Colomb als die andere Möglichkeit ein Aufeinanderprallen der sich gegenüberstehenden Ideologien, das heiße die Revolution, bezeichnete. Nach einer heftigen Kritik der Volksfrontpolitik, die sogar den Preis der Moszkulbe um 60 Prozent erhöht habe, erklärte der Abgeordnete unter allgemeinem Gelächter, die Volksfront sei der Triumph der Rube.

Die Kammer legte am Freitagvormittag die Aussprache fort. In die Kritik mehrerer Redner griff Finanzminister Renaud ein, um die verschiedenen Angriffe gegen die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung abzuwehren. Zunächst schilderte er die Lage, die die Regierung vorgefunden hatte und stellte dann fest, daß die nationale Geldwirtschaft die Voraussetzung für die finanzielle und wirtschaftliche Gesundung sei. Er verteidigte die letzten Notverordnungen und lehnte u. a. sehr nachdrücklich die von den Sozialdemokraten geforderte Devisenkontrolle ab. Mit dem Teil beider Ironie erklärte er vor allem den sozialdemokratischen Abgeordneten Regis ab. Er wies nach, daß die in Prozentangaben ausgedrückten Vergleiche der Steuerbelastung, wie sie von dem Abgeordneten angeführt wurden, auf einer völlig falschen Grundlage beruhten und daher auch zu falschen Schlussfolgerungen führten.

Am Freitagnachmittag ergriff zunächst ein Kommunist das Wort, der die Finanzpolitik der Regierung kritisierte, die zu einer ungeheuren Steigerung der Lebenshaltungskosten geführt habe.

Als der rechtsgerichtete Abgeordnete Oberkirch auf die Notwendigkeit einer Wiederaufrichtung des Landes auf allen Gebieten hinwies, heftete sich das Interesse des bis dahin teilnehmenden Hauses. Der Redner wies auf den Konflikt der Volksfront-Politik hin und stellte sich der Übernahme der Regierung durch Daladier bereits Anzeichen einer Besserung fest. Anschließend verurteilte Oberkirch, die Unterschiede zwischen dem Nationalsozialismus und dem Marxismus klarzulegen, was ihm allerdings nicht ganz gelang.

Lantini bei Göring und von Ribbentrop.

Berlin, 9. Dezember.

Der Reichsminister des Auswärtigen, von Ribbentrop, empfing am Freitagvormittag in Anwesenheit des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley den italienischen Korporationsminister Lantini.

Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring hatte am Freitagvormittag eine einstündige Unterredung mit dem italienischen Korporationsminister Lantini. An der Besprechung, in der vorwiegend wirtschaftliche Fragen erörtert wurden, nahmen auch Reichsleiter Dr. Ley und Staatssekretär Rörner teil. Am Freitagnachmittag reiste Minister Lantini mit den Herren der italienischen und deutschen Begleitung nach München.

Die verborgene Monroe-Doktrin.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Dr. Th. Berlin, 9. Dezember.

Am Freitag hat in Lima, der Hauptstadt des südamerikanischen Staates Peru, eine Konferenz begonnen, die zwar unter dem Schlagwort „panamerikanisch“ steht, die sich aber in ihrem politischen Aktionsradius über Amerika hinaus erstrecken soll und die doch umgekehrt wahrscheinlich keine Festigung eines wirklichen Panamerikanismus bringen wird, auf der sich also eine tatsächliche Einigkeit All-Amerikas schwerlich ergeben dürfte. Derartige Konferenzen haben in Amerika seit einem halben Jahrhundert in regelmäßigen Abständen von mehreren Jahren immer wieder stattgefunden, aber die Konjunktur für einen Erfolg dieser ehemals wertvollen Einrichtung ist heute genau so gesunken wie die politische Bedeutung alles dessen, was im Zeitalter eines wiedererwachten Nationalismus mit dem Vorwort „pan“ geschmückt ist.

Die Seitenblatzen eines Pan-Europa sind längst zerplatzt, und die Konstruktion einer Völkerliga, die noch über Pan-Europa weit hinausginge, hat inzwischen einen Rekord an Bedeutungslosigkeit erreicht. Was jetzt unter dem Gesichtswinkel eines Pan-Amerikanismus behandelt werden soll, ist im Grunde nichts anderes, als das Privatinteresse der größten amerikanischen Grobmacht, die bestrebt ist, die übrigen (ebenfalls recht reibetablen) Länder dieses doppelten Kontinents unter eine Vormundschaft zu bringen, für die man wenigstens besondere Neigung zu haben scheint. Der Amerikanismus der USA, der sich seit dem Kriege in auffallendem Maße entwickelt hat, ist vielmehr für die südamerikanischen Staaten zu einer Quelle des wachsenden Misstrauens und zu einem Anlaß der Gegenwehr geworden, die sich vermutlich auf der Konferenz von Lima deutlich äußern wird.

Es war nicht immer so. Seit 1899 haben derartige pan-amerikanische Konferenzen oftmals recht positive Ergebnisse gehabt. In den Fragen der Wirtschaft, des Verkehrs und des internationalen Rechts sind in Washington, in Mexiko, Rio, Buenos Aires und anderen Städten beachtliche Resolutionen zustande gekommen, deren praktische Bedeutung niemand ableugnen wird. Der Ursprung der Idee einer all-amerikanischen Zusammenarbeit geht aber noch weiter zurück. In den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts besetzten die südamerikanischen Staaten ihre Befreiungskriege, nachdem die USA schon ein halbes Jahrhundert vorher ihre Selbständigkeit endgültig erzwungen hatten. In jener Zeit verstanden die europäischen Grobmächte, in diesen südamerikanischen Freiheitskämpfen gegen Spanien einzugreifen, aber damals hat der nordamerikanische Präsident Monroe die berühmte Erklärung abgegeben, in der die Solidarität der Interessen ganz Amerikas für alle Zeiten konstatiert wurde, und in der er jede Einmischung europäischer Mächte in amerikanische Fragen ein für alle mal strikte verbot.

Die Monroe-Doktrin enthielt aber noch eine zweite Feststellung. Es wurde darin auch erklärt, daß Amerika sich nicht für außer-amerikanische Angelegenheiten interessiere. In der alten doppelten Form war diese Monroe-Doktrin eine klare und sichere Grundlage für den Gedanken des Pan-Amerikanismus, der seine erste praktische Verwirklichung in der Konferenz von Panama im Jahre 1926 fand. Gewiß bestand auch damals schon das Problem einer Überbrückung der Gegensätze zwischen den lateinischen Staaten in Südamerika und den angelsächsischen Staaten in Nordamerika. An dieser Überbrückung aber ist bis zum Weltkriege ohne Erfolg gearbeitet worden. Der Weltkrieg jedoch brachte eine völlige Verdrängung der Grundlagen dieses Pan-Amerikanismus, denn er beilegte in der politischen Praxis jenen zweiten Satz der Monroe-Doktrin, nämlich das Desinteressement an europäischen Fragen. Präsident Wilson nahm am Weltkriege teil, und seit 1919 existiert nicht mehr der alte Begriff der Monroe-Doktrin.

Auf der Basis dieses nunmehr verborgenen politischen Bekenntnisses haben die USA in der gesamten Nachkriegszeit einen neuen Kurs auch innerhalb des amerikanischen Kontinents eingeschlagen, und die Gegenwart hat diese neue Linie in einem recht merkwürdigen Licht erscheinen lassen. Washington säßt heute zu den wilden Vertretern jener Art von „Demokratie“, die von der nationalen Entwicklung der autoritären Staaten in Europa weit überholt worden ist. Die Propaganda gegen Deutschland wird kaum irgendwo so maßlos geführt, wie in den von jüdischen Einflüssen hart durchseelten Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Ausdehnungsgehr der USA innerhalb Amerikas sind nur mit dieser antideutschen Einstellung in einer recht plumpen Form verbunden worden. Man hat den Südamerikanern das Geistesbild einer angeblichen deutschen Invasion vorgesetzt, und man hat damit erreichen wollen, daß die südamerikanischen Staaten sich militärisch in den Schutz und damit politisch in die Abhängigkeit der USA begeben sollen.

Es kommt hinzu, daß in wirtschaftlicher Hinsicht die Interessen des Nordens mit denen des Südens in manchen Gegenständen stehen, die in der großen Krisenzeit,

Mit Konzessionen und Dollar-Anleihen.

USA werden um die Gunst der lateinamerikanischen Staaten. — Argentinien als Konkurrent.

Panamerikanische Konferenz in Lima.

Lima, 9. Dezember.

Bei der Eröffnung der panamerikanischen Tagung, die am Freitagnachmittag erfolgte, waren zehn amerikanische Staaten durch ihre Außenminister vertreten und zwar Argentinien, Bolivien, Kolumbien, Costa Rica, Cuba, Ecuador, Guatemala, Nicaragua, Panama und die Vereinigten Staaten. Nach kurzen Begrüßungsworten des Ehrendirektors, des peruanischen Außenministers Concha, hat der peruanische Staatspräsident General Benavides das Wort zu einer Rede ergriffen, die von zahlreichen nord- und südamerikanischen Sendern übertragen wurde. Mit besonde-

rem Interesse sieht man der Botschaft am Sonnabend entgegen, auf der der argentinische Außenminister Cantile und der nordamerikanische Staatssekretär Hull sprechen werden. Hinter den Kulissen sind die beiden Gegenpole, Argentinien und USA, schon jetzt eifrig bemüht, durch Fühlungnahme mit den einzelnen Abordnungen Gesellschafter für ihre Auffassung in den entscheidenden Fragen zu gewinnen. Angesichts der unbestreitbaren Sympathie, deren sich der argentinische Außenminister bei der Mehrzahl seiner lateinamerikanischen Kollegen erfreut, läßt die Nordamerikaner, die schon während ihrer Schiffsreise in den einzelnen Staaten alle Propagandakampfe spielen ließen, fieberhaft um die Erweiterung ihres Einflusses bemüht. So wird bekannt, daß Cuba von den Vereinigten Staaten einen Kredit von 50 Millionen Dollar erhalten soll, wovon bezeichnenderweise ein erheblicher Teil für die Schaffung eines Flugstützpunktes verwendet werden soll.

Immer zu den Kommunisten gewandt, erklärte Daladier, es habe sich bei dem Streit darum gehandelt, das ganze Leben des Landes zu lähmen und der Kommunismus sei dafür verantwortlich. Aber er sei auf die Geleise gekommen. Es handele sich nicht um einen Sieg der Regierung, sondern um einen Sieg des französischen Volkes.

Im zweiten Teil seiner 1½stündigen Rede kam der Ministerpräsident Daladier auf die Außenpolitik zu sprechen und erklärte einleitend, er könne nicht zulassen, daß man von einer Erniedrigung, einer Schmach und einer Kapitulation Frankreichs in München spreche.

Man habe die deutsch-französische Erklärung kritisiert, als ob nicht alle Vorgesänger die Verständigung mit Deutschland verurteilt hätten. Diese Erklärung, die die beiderseitigen Grenzen acht, enthalte nichts Entwerdendes. Das gleiche gelte für die vorgelegenen gegenseitigen Beratungen. Außerdem würden die Verpflichtungen dritten Staaten gegenüber geachtet. (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

die nach der Hochkonjunktur von 1929 begann, der Warenaustausch zwischen den beiden Hälften des Erdteiles auf einen Bruchteil herabging. Nun verließen die Nordamerikaner, durch allerlei Konkurrenzmaßnahmen gegen den amerikanischen Welten den brasilianischen Markt zu erobern, und eine kruppellose Unlebenspolitik unterstützte die militärischen Pläne, die sich letztlich in dem grotesken Angebot der Vermietung nordamerikanischer Kriegsschiffe an die südamerikanischen Länder auswirkte. Dieses Angebot ist abgelehnt worden, und auch wirtschaftlich lebt sich der Süden (der die europäischen Märkte nicht verlieren möchte) gegen den Norden zur Wehr. In Lima soll nun jetzt im Zeichen des Pan-Amerikanismus der Plan einer bewaffneten Solidarität — alles zum angeblichen Schutze gegen ein eroberungswütiges Deutschland — beiproben werden. Die Gegenliebe, mit der man im Süden dieser liebevollen Vorfürze des Nordens begegnet, scheint aber nicht groß zu sein, und die pan-amerikanische Konferenz, die vor mehr als hundert Jahren im Zeichen der ersten Monroe-Doktrin ihren Ursprung hatte, dürfte, wenn dieses Grundgesetz der gesamtamerikanischen Politik noch weiter verbohren wird, schwerlich den Eindruck einer gerodeten und selbstbewußten Gemeinschaftsarbeit erwecken.

Daladier vor der Kammer.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Mit lauter Stimme erklärte der Ministerpräsident: „Ich will den Frieden mit Deutschland! Und alle ehemaligen Frontkämpfer wollen den Frieden mit Deutschland!“ (Hier wurde der Ministerpräsident, wie überhaupt häufig während seiner Ausführungen, von lebhaftem Beifall unterbrochen.)

Gegen Ende seiner Rede beschäftigte sich Ministerpräsident Daladier mit der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Seine Regierung wolle das Ausbluten des Landes verhindern, und sie (die Regierung) hoffe, für diese Politik eine Mehrheit zu finden. Er werde bis zum Ziel kämpfen und seinen Weg fortsetzen. Zum Schluss appellierte Ministerpräsident Daladier an die französische Einheit und forderte die Abgeordneten auf, eine klare Antwort zu geben.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde von der Rechten häufig durch lebhaften Beifall unterbrochen. Als Daladier geendet hatte, fanden sämtliche Abgeordneten von den Radikalen bis zu den äußersten Rechten auf und spendeten ihm langanhaltenden Beifall. Die Verlagerung der Mehrheit Daladiers von der ehemaligen Volksfront nach rechts wurde damit auch äußerlich unterstrichen.

Bonnet zur Pariser Erklärung.

„Gemeinsamer Wille zur Zusammenarbeit für den europäischen Frieden.“

(1. Paris, 9. Dezember.)

Unter Vorsitz des radikalisierten Abgeordneten und ehemaligen Ministers Cibel gab die Europäische Wirtschaft und Zollunion zu Ehren des französischen Außenministers Bonnet ein Frühstück. Dabei unterstrich Cibel die Notwendigkeit einer europäischen Verständigung und einer deutsch-französischen Annäherung. Außenminister Bonnet, der ebenfalls das Wort ergriß, kam auf den Pariser Besuch des Reichsaussenministers zu sprechen und erklärte u. a.: „Wir wollen alle den Frieden. Der Krieg würde das Ende der europäischen Zivilisation und den Triumph der Unordnung und Anarchie bedeuten. Die beiden unterzeichneten deutsch-französischen Erklärung hat den gemeinsamen Willen zu der für den europäischen Frieden so notwendigen Zusammenarbeit bekundet. Ich habe das größte Vertrauen, so schloß Bonnet, daß diese Politik ihre volle Wirkung haben wird, denn der gegenseitige Austausch zwischen den Völkern — sei er nun handelsmäßig, politisch oder geistig — ist das beste Mittel, den Frieden zu sichern.“

Die Europäische Wirtschaft und Zollunion hat am Freitag ferner ihre Generalversammlung abgehalten, in deren Verlauf der Vorsitzende Abgeordnete Cibel einen Bericht über seine kürzliche Deutschlandreise auf

Kommen die 90 Milliarden in Bewegung?

Ausbau der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen.

(Von unserem Berichterstatter.)

G. Paris, 7. Dezember.

Die Bedeutung des deutsch-französischen Abkommens vom 6. Dezember für die französische Wirtschaft kann vor allem durch die Frage charakterisiert werden: Kommen jetzt die 90 Milliarden Franken zurück, die seit 1935 aus Angst vor innen- und außenpolitischen Krisen in Form von Gold und Devisen im Ausland gehortet oder ins Ausland gebracht wurden? Innenpolitisch ist nach dem Zusammenbruch des Generallösungs eine beachtliche Beruhigung eingetreten. Es hat sich gezeigt, daß die französischen Arbeiter nach den Vorkriegs-Enttäuschungen den kommunistischen Parolen der Gewerkschaften nicht mehr folgen wollen und für die Förderung nach Mehrarbeit ein wachsendes Verständnis aufbringen. So ist innenpolitisch ein Wendepunkt gegeben. Außenpolitisch kann und sollte dem deutsch-französischen Abkommen eine gleiche Bedeutung zukommen. Die außenpolitischen Sorgen betreffen nämlich vorwiegend Deutschland. Daß sie nicht berechtigt waren, hat der Führer vor allem seit der Saarabstimmung mehrfach dargelegt, aber seine Erklärungen stießen ungenügend auf ein gewisses Mißtrauen. Jetzt wurde durch einen besonderen Vertrag die Politik des Führers feierlich bekräftigt. Für Frankreich gilt die Grenze von Luxemburg bis zur Schweiz als gesichert.

Fällt diese innen- und außenpolitische Beruhigung an, kommt vor allem dem deutsch-französischen Abkommen die Bedeutung zu, die es haben kann und soll, dann wäre für den französischen Export kein Grund mehr gegeben, die 90 Milliarden zu horten oder ins Ausland zu lassen. Diese 90 Milliarden, die heute zum größten Teil unversichtlich angelegt sind oder bestenfalls eine Rendite von 1-2 Prozent abwerfen, könnten gewinnbringender in Frankreich investiert werden. Aber nur allmählich werden sie in Bewegung kommen, wie ja auch nach der Bonnet-Reform des Jahres 1926 erst drei Monate verstrichen, bis größere Beträge der damals auch erheblichen Wirtschaftskapitalien in Paris anboten wurden, und 6 Monate, bis man von einer Wiederherstellung des Vertrauens sprechen konnte. Der Rückfluß eines wesentlichen Teiles dieser Wirtschaftskapitalien würde zunächst zu einer Verflüssigung des Geld- und Kapitalmarktes führen, so daß der Staat und die Privatwirtschaft für die Durchführung ihrer Arbeiten benötigten Beträge billiger aufnehmen könnten. Nach 8 Jahren schwerer Kriege würden die vielen Arbeiten nachgeholt werden können, die bisher aus innen- und außenpolitischen Sorgen und wegen der hohen Kosten zurückgestellt worden waren.

Eine solche Bewegung der französischen Wirtschaft würde auch der deutschen Exportwirtschaft und damit der französischen Exportwirtschaft zu Gute kommen. Gemäß dem bestehenden Handelsvertrage vom Juli 1937 erfolgen nämlich die deutsch-französischen Abschlüsse aus im Zug, damit sich alle Zahlungen also auch die an Zinsen, ausgleichen. Infolge dieses Automatismus ist jedes dieser beiden Länder daran interessiert, von dem anderen zu kaufen, weil es dann dahin ausführen kann, was allerdings durch die Zoll- und Kontingentpolitik gewisse Grenzen gegeben sind. Dieses Reich des Handelsvertrages erwies sich aber wegen der schlechten französischen Wirtschaftslage und aus anderen Gründen bisher als zu weit. Wenn z. B. die französische Stahlproduktion sich nur auf 487.000 T. beläuft gegen 672.000 vor einem Jahr und fast 1 Million zur Zeit des Bestandes, dann bedeutet das leider, daß wir weniger Rots ausführen und weniger von den Waren kaufen können, die wir bisher mit Rots bezahlt haben. Außerdem werden teilweise die Wirtschaftskräfte des Handelsvertrages nicht ausgenutzt, weil unsere Vertreter auf

eine wenig freundliche Atmosphäre stießen, die manchmal einem Käuferstreit gleichkam, und weil unsere Kaufleute sehr häufig unter den an sich verständlichen Maßnahmen der französischen Polizei gegen unwillkommene Fremde schuldlos zu leiden hatten.

Für die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen kann also der 6. Dezember bedeuten, daß dank einer besseren Atmosphäre und dank einer konjunkturellen Belebung in Frankreich die deutsche Exportindustrie mehr nach Frankreich verkaufen kann und infolge des Automatismus des Handelsvertrages die französische nach Deutschland. Erhebliche Möglichkeiten sind gegeben. In Deutschland gibt es genügend Absatzmöglichkeiten für französische Obst und Gemüse, für Wein und Erzeugnisse der Textil-, Lederwaren- und Luxusindustrie; in Frankreich für fast alle deutschen Fertigwaren insbesondere für die Zweige der Chemie, Elektrotechnik und Maschinen. Man wird von dem Abkommen vom 6. Dezember kein Wunder erwarten können, denn alles wird nur langsam werden, aber nach 3-4 Monaten wird man in dieser Hinsicht klarer sehen können. So werden sich die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen zunächst noch auf die großen Linien beschränken müssen und auf die vielen Einzelheiten, die so z. B. bei der Kontingentpolitik und in der Frage der Behandlung der Deutschen aktuell geworden sind. Der erste Anlauf wird am 10. Dezember gegeben sein, wenn die übliche vierteljährliche Besprechung über die praktischen Fragen des deutsch-französischen Handels- und Zahlungsverkehrs stattfindet. Ein besonderer Punkt auf der Tagesordnung ist der jüdisch-deutsche Frankreich hat bisher wenig freundlich dahin argumentiert, daß es jüdisch-deutsche Waren nur aus politischen Gründen abgenommen hätte und somit kein Grund bestünde, die einst der Tschicko-Gesellschaft gewährten Kontingente für Deutschland zu übertragen. Es ist zu hoffen, daß Frankreich unter dem Eindruck des 6. Dezember diese Haltung aufhört und schon bei diesen Verhandlungen am 10. Dezember der Geist des Vertrages vom 6. Dezember sich auswirkt. Mit dem 6. Dezember, dann wird sicherlich sehr schnell der deutsch-französischer Handel in das etwas zu weite Reich des Handelsvertrages hineinzuwachsen und somit die Kräfte des Ausbaues des Handelsvertrages aktuell werden.

Ausbaumaßnahmen bestehen aber vor allem bei den Beziehungen Deutschlands zum überseeischen Frankreich. Gerade im Zusammenhang mit dem Vertrag vom 6. Dezember betont Frankreich sehr hart die Rechte und Pflichten, die es als imperiale Macht hat, als Mutterland kolonialer Gebiete, die wie es so hoch steht, von allen Ozeanen umschlossen sind und etwa 70 Millionen Einwohner zählen. Frankreich will diese Großmachtstellung halten, nicht aber dabei auf Schwierigkeiten, weil die hiermit verbundenen Aufgaben in mancher Hinsicht über seine Kräfte gehen. So fehlt es am geeigneten Rohstoffmaterial, kann Frankreich viele der Erzeugnisse seiner überseeischen Besitzungen nicht abnehmen und andererseits deren Einfuhrbedarf nicht voll decken. So z. B. nicht den an Sozialmaschinen und an anderen Erzeugnissen zur Entwässerung der Probantfräse dieser Länder. Frankreich hat erkannt, daß es in dieser Hinsicht mit anderen Ländern zusammenarbeiten muß, wobei fast ausschließlich an Deutschland gedacht wird. Aus physikalischen und politischen Gründen wurde aber aus derartigen, von Teil, schon bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Plänen bisher nichts. Es würde für beide Länder ein großer Gewinn sein, wenn jetzt diese Projekte wieder aus den Schreibräumen hervorgeholt werden und eine konkrete Gestalt annehmen.

Wirkung haben wird, denn der gegenseitige Austausch zwischen den Völkern — sei er nun handelsmäßig, politisch oder geistig — ist das beste Mittel, den Frieden zu sichern.“

Die Europäische Wirtschaft und Zollunion hat am Freitag ferner ihre Generalversammlung abgehalten, in deren Verlauf der Vorsitzende Abgeordnete Cibel einen Bericht über seine kürzliche Deutschlandreise auf

frühes Organ der jüdischen Agentur fungiert, vor drei Tagen in aller Hast im Flugzeug aus London zurückgekehrt sei, und jetzt bereits wieder nach London eile, offenbar mit angeblichen Unterlagen, die beweisen sollten, daß gewisse Kreise des Arabertums in Palästina mit dem Juden zusammenarbeiten wollten, was selbstverständlich ein großes Täuschungsmanöver ist.

Die ägyptische Regierung hat in den Vorverhandlungen wegen der Londoner Palästina-Konferenz die Forderung gestellt, daß England, wenn die Konferenz überhaupt zu einem Ziel kommen sollte, den Großmüfti als Abordnungsmittglied zulassen müsse. Alle Anstrengungen müßten zusammengefaßt werden, und dies sei ohne Beteiligung des Müfti unmöglich.

Wie aus Suva (Fidschi-Inseln) gemeldet wird, hat der britische Kreuzer „Dorset“ auf zwei kleineren Inseln der Fidschi-Gruppe Ingenieure und Geometer gelandet offenbar um formell von den Inseln für England

Bestät zu nehmen. Die Inseln sind als Zwischenlandeplätze für die geplante Fluglinie Kanada-Australien-Neuseeland wichtig.

Eröffnung des Rangemarch-Studiums

Hannover, 9. Dezember.

Mit einer schlichten Rundgebung im Beethovensaal der Stadthalle, zu der die führenden Männer der Partei und ihrer Gliederungen, der Behörden, der Wehrmacht, Stadverwaltungen, der Wissenschaft und Wirtschaft erschienen waren, wurde das Rangemarch-Studium, Lehrgang Hannover, der Technischen Hochschule eröffnet. Ehrenformationen des nationalsozialistischen Studentbundes, der SA, SS und des NSKK hatten vor der Stadthalle Aufstellung genommen. Der Stabschef der SA, Luhe, der Reichsstudienführer SS-Oberführer Dr. Scheel, sowie stellvertretender Gauleiter Schmalz schritten die Front ab.

Die erste Rundgebung im Reiche, mit der das Rangemarch-Studium an die Öffentlichkeit tritt, eröffnete Dr. Gmelin, Leiter des Rangemarch-Studiums. Er betonte, nach Heidelberg, Königsberg und Stuttgart liege man heute bereits vor dem Beginn des 4. Lehrganges. Gauleiter-Stellvertreter Schmalz überbrachte die Wünsche des Gaues Süd-Hannover-Braunschweig, der stolz darauf sei, daß hier zum ersten Male an einer Technischen Hochschule der Punkt 20 unseres Parteiprogrammes der Verwirklichung näher gebracht sei. Dann sprach Dr. Scheel.

Der Reichsstudienführer

führte u. a. aus:

„Hier im Rangemarch-Studium haben wir zum ersten Male den Gedanken einer nationalsozialistischen Auslese für die Hochschule konsequent durchgeführt. Wer die Männer unserer Lehrgänge anführt, der weiß, daß mit ihnen das Gesicht auch unserer Hochschule sich entscheidend wandeln wird. Wir glauben: Hier erfüllt sich eine Grundforderung der Bewegung, der gleich zum erstenmal in der deutschen Geschichte das deutsche Arbeiterum in die höchsten Bildungssphären der Nation eintritt. Wir wollen diese jungen Männer zu beruflichen Kämpfern und bewährten Kämpfern der Bewegung erziehen, die niemals vergessen werden, daß sie als Glieder des deutschen Arbeiterums hier stehen und deshalb alles können und wissen, um für dieses große, schaffende Deutschland einzutreten. Sie sind Arbeiter und werden Arbeiter bleiben und damit den Typ des Akademikers von gestern endgültig überwinden helfen.“

Die Wahl des Studiums darf nicht dem Zufall überlassen bleiben, wenn das Studium besonders teuer ist, nur den Söhnen wohlhabender Eltern offensteht. Ich habe deshalb dafür gesorgt, daß durch eine großzügige Berufsberatung auf den höheren Schulen eine entsprechende Berufszuweisung während des Studiums und eine anschließende Berufsausbildung jeder zu einem Studium geeignete junge Mann auch tatsächlich an den richtigen Arbeitsplatz gebracht wird.

Wir Studenten sehen in unserem Rangemarch-Studium die Verwirklichung eines alten Kampfbegriffes. Wir sind stolz, als Ausgewählte, als SA-Männer und Studenten die Hochschule für den Führer zu erobern. Wir sind stolz, die Aufgaben gegen den verlorenen Bildungsstand und die hohe Erfindungskraft der damaligen Akademiker und haben in der deutschen Revolution des Jahres 1933 einer neuen Jugend die Tore einer neuen Hochschule geöffnet.“

Der Stabschef der SA, Viktor Luhe,

betonte u. a.:

„Wenn ich nicht nur als Oberpräsident, sondern auch als Stabschef der SA zu Ihnen spreche, dann muß ich auch darauf hinweisen, daß es die Sturmabteilungen des Führers waren, in denen erstmals noch in der Zeit der Weimarer Republik die deutschen Menschen, ganz gleichgültig ob sie Arbeiter der Stirn oder der Faust waren, zusammengeführt worden sind und in den braunen Uniformen für das gleiche Ziel marschierten. In der SA ist die nationalsozialistische Volksgemeinschaft zum ersten Mal Wirklichkeit geworden, und durch die SA ist die Idee der Einheit des Volkes in das deutsche Volk hineingetragen worden. Wir wollen und dürfen nie vergessen, daß die breite Masse des Volkes das Kraftfeld der Nation ist, auf dem sich die Führung des Volkes immer wieder erproben muß. Es darf da keine irgendwie gearteten Rückschläge oder Protektionen geben. Zur Führung darf immer nur Leistung berechnen.“

So wollen wir das Werk, das den stolzen, aber auch den verpfändeten Namen „Rangemarch“ trägt, im alten SA-Geist beginnen. In dem Geist, in dem zum ersten Mal der Student neben dem Kumpel, seinem Kameraden der Arbeit, für eine Idee marschierte, kämpfte und opferte, in demselben Geiste sollen nun auch beide nebeneinander stehen im Studium zum höchsten Können und höchsten Wissen.“

Neue Ausschreitungen gegen Italiener.

Begriffsverwirrung in Tunis.

Italiener in Haft behalten. — „Der Ermordete ist schuldig.“

(1. Paris, 9. Dezember.)

Savas meldet aus Tunis, daß von den gestrigen Ausschreitungen sechs aufrechterhalten wurden. Unter den Verhafteten befinden sich zwei Mitglieder des Personals des italienischen Konsulats in Tunis und der Präsident der italienischen Freizeitsportorganisation Dopolavoro in Tunis, die Anklage soll ihnen „Ausreizung zum Massenhaß“ und „Provokation“ vorwerfen.

Während zum Beispiel der politische Korrespondent des „Daily Telegraph“ nur von dieser Möglichkeit spricht, nimmt der „Daily Herald“ diese als eine feststehende Tatsache hin und meldet unter der Überschrift: „England will seinen Freunden helfen, Waffen zu kaufen“, die britische Regierung ermutigen den Waffenverkauf an freundschaftlich gesinnte Länder, die 10 Millionen Pfund als Garantie für Munitionslieferungen geboten. Wie verlautet, sei ein Teil dieser Summe sofort dafür zu verwenden, um Waffen auf dem chinesischen Markt zu kaufen. Ein Waffenanlauf Rumaniens in Höhe von 20 Millionen Pfund werde augenblicklich erwogen. Die 25 Millionen-Pfund-Erhöhung werde es, so schreibt das Blatt, den englischen Exporteuren gestatten, dem deutschen Handel in Süd- und Südamerika wettbewerbsfähig zu begegnen.

„Daily Express“ bringt keine Meldung auf erster Seite unter der Überschrift: „England erklärt den Handelskrieg.“ Von Interesse ist außerdem, daß diese politische 10-Millionen-Pfund-Garantie nicht etwa auf eine bestimmte Zeit festgelegt oder als laufende Summe gedacht ist, sondern in Form eines einmaligen Fonds bestehen soll.

Die englischen Ausfuhrbürgschaften.

„England erklärt den Handelskrieg“

(London, 9. Dezember.)

Die britische Regierung hat am Donnerstagabend den Wortlaut des neuen Gesetzes über die finanzielle Unterstützung des britischen Ausfuhrhandels veröffentlicht. Danach soll der bisherige 50-Millionen-Pfund-Kredit, den der Staat in Form einer Garantie jenen englischen Exporteuren gewährt, die über die Zuverlässigkeit ausländischer Kunden im Zweifel sind, auf 75 Millionen Pfund erhöht werden. Es handelt sich hierbei um eine Art Staatsgarantie für die englischen Exporteure, die ohne diese Garantie auf risikant erscheinende Geschäfte verzichten würden.

Völlig neu ist dagegen der zusätzliche 10-Millionen-Pfund-Kredit des neuen Gesetzes, der einen eindeutig politischen Charakter trägt. Der Staat kann nämlich Kredite bis zu einer Höhe von 10 Millionen Pfund für Geschäftsbankkredit mit dem Auslande gewähren, falls diese „aus Erwägungen des nationalen Interesses“ für ratsam erachtet werden.

Mit welchem Interesse die Londoner Blätter dieses Gesetz aufgenommen haben, geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß sich die politischen Mitarbeiter fast aller Blätter gerade mit diesem 10-Millionen-Pfund-Kredit befassen und ohne Ausnahme seinen politischen Charakter

hervorheben. Darüber hinaus betonen sie, daß dieser Kredit zweifelsohne für Waffenlieferungen ins Ausland gedacht sei.

Während zum Beispiel der politische Korrespondent des „Daily Telegraph“ nur von dieser Möglichkeit spricht, nimmt der „Daily Herald“ diese als eine feststehende Tatsache hin und meldet unter der Überschrift: „England will seinen Freunden helfen, Waffen zu kaufen“, die britische Regierung ermutigen den Waffenverkauf an freundschaftlich gesinnte Länder, die 10 Millionen Pfund als Garantie für Munitionslieferungen geboten. Wie verlautet, sei ein Teil dieser Summe sofort dafür zu verwenden, um Waffen auf dem chinesischen Markt zu kaufen. Ein Waffenanlauf Rumaniens in Höhe von 20 Millionen Pfund werde augenblicklich erwogen. Die 25 Millionen-Pfund-Erhöhung werde es, so schreibt das Blatt, den englischen Exporteuren gestatten, dem deutschen Handel in Süd- und Südamerika wettbewerbsfähig zu begegnen.

„Daily Express“ bringt keine Meldung auf erster Seite unter der Überschrift: „England erklärt den Handelskrieg.“ Von Interesse ist außerdem, daß diese politische 10-Millionen-Pfund-Garantie nicht etwa auf eine bestimmte Zeit festgelegt oder als laufende Summe gedacht ist, sondern in Form eines einmaligen Fonds bestehen soll.

Juden sehen die britische Regierung unter Druck.

Eine Palästina-Debatte im Oberhaus. — Opposition fordert härteres Vorgehen.

„Ziellosigkeit, Schwanken, halbe Maßnahmen.“

(London, 9. Dezember.)

Bei der Debatte über die Palästina-Frage am Donnerstag im Oberhaus erklärte Lord Snell, der Führer der Opposition, u. a. die englische Kolonialpolitik keine Parallele habe für die Ziellosigkeit, das Schwanken und die halben Maßnahmen, durch die sich die Verwaltung des Palästina-Mandats auszeichne. Der Labour-Mann legte sich unter dieser Begründung infolge für noch härteres Vorgehen in Palästina ein, als er die Wiederherstellung der dortigen Ordnung, das Behalten an der „Vollstreckung“ und „Bekämpfung“ sowohl wie radikalste Durchführung einer endgültigen Palästina-Politik forderte. Wenn man, so hielt Lord Snell abschließend fest, an das gesagte Band denke, müsse man ein „Gefühl der Befriedigung und Enttäuschung“ empfinden. Auch Lord Samuel (Liberal) nannte die gegenwärtige Lage abträglich für das Ansehen Englands. Der Erzbischof von Canterbury sagte sich vor allem für Einwanderungsmöglichkeiten der Juden angesichts des Antisemitismus in weiten Teilen Europas ein. Lord Harewood und der frühere Kolonialminister Ormsby Gore meinten, daß die einzige Hoffnung auf Frieden in Palästina darin bestehe, „daß die britische Verwaltung befehligen werde“.

Der Unterstaatssekretär im Kolonialministerium schloß namens der Regierung die Debatte ab. Das einzige Ziel, das die Regierung habe, sei, beiden Parteien in Palästina gerecht zu werden und eine friedliche Regelung zustande zu bringen. Zu der bevorstehenden Palästina-Konferenz in London sagte der Unterstaatssekretär, daß man nicht gleich in die allgemeine Konferenz hineingehen wolle, sondern daß die Regierung erst an die einzelnen Delegationen herantreten werde. Sollte die Konferenz sich als feststehend herausstellen oder über Gebühre in die Länge gezogen werden, so habe die Regierung bereits ihre Absicht bekundet, von sich aus eine Regelung zu treffen.

Sabotage der Palästina-Konferenz durch die jüdische Agentur.

(London, 9. Dezember.)

Die Oberhaus-Ausprache über Palästina und insbesondere die Erklärungen über die arabische Teilnahme an der Londoner Palästina-Konferenz, hat bei den Palästina-Juden beträchtliche Aufregung ausgelöst. Ein Vertreter des britischen Zionistenverbandes gab im An-

schluß an die Ausprache eine Erklärung ab, wonach die Möglichkeit bestehe, daß Juden gegebenenfalls an der Palästina-Konferenz nicht teilnehmen würden. Die Juden seien „tief enttäuscht“ über die Erklärung des Unterstaatssekretärs für die Kolonien. Das Weltjudentum würde es „tief bedauern“, wenn die britische Regierung ihrer Forderung nicht stattgeben würde, sofort 1000 Juden in den Palästina-Länder nach Palästina zu entsenden. Sollte sich die britische Regierung weigern, so sei es zweifelhaft, ob die jüdische Agentur für Palästina auch in Zukunft an ihrer Pflicht festhalten könne, an der Londoner Palästina-Konferenz teilzunehmen. Der Weltjudentum des britischen Zionistenverbandes werde am Montag in London zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen.

Im Zusammenhang mit der angekündigten Palästina-Konferenz in London, zu der nunmehr auch die bisher verfeindeten Araber-Führer erscheinen sollen, herrscht in Jerusalem Zitterfieber. Wie von dort berichtet wird, bestehe große Unzufriedenheit. Zuverlässig verlautet, daß der Leiter der politischen Abteilung der Jewish Agency, Eshet, der nach Weizmann als ausführendes poli-

Beilage

Ein au

Gestohle

Unter den Palästina-Juden ist ein Dokument gefunden worden, das eine einzigartige Liste enthält, die darin möglichst zu halten, „Schwarze Korps“, Wiedergeburt von geradezu grotesken Tatsachenbestand ist folgender:

Bei der Nieder aufkommen im Bundesheeres, der Anzahl von Opfern Schuldnigg gegriß Sturmjahren“ hat Verwundete zu be-mißlichen Mutter) dielem buntegele sich wußteilanz und dieser Bilanz und den verschiedenen Schuldnigg furch Hinterreifen zu reichlichen Menfchen der Kirche das fü notwendige Renon entlich er sich, e-liefer.

Ein Mediz

Sehen heran,

die Reichen armer Sielen gestorben o-fallen, ganz gewiß jahren“, geschweige In einem „flar die Sturmjahren“ h-heimmüßig, „gefa-Mediziner „bejorg-

Grün

Worochsch

inter

Zahlreiche Pari-schiedene Agentum als Chef der GPM-Moskauer Mediz-man trotz der an-wahnten Distrektion Gründe für die

1. Eine Inle-Stall. Worochsch-Verhandlungen, von-Marine und der U-
2. Zahlreiche P-haftungen innerhal-
3. Die Hattu-schall Hattu, an der Spitze einer zu haben.
4. Eine Einm-politik.
5. Eine Klagefü-maten gegen die U

Keine Billig

Juden

Die Vern

Der Reichsfinan-träge auf Bill-Juden vermöge Er weist darauf hin-Sühneleistung Ausnahmefällen sol

In zahlreichen Fällen, die aus den ver-eines Arrierungsprüchs oder aus e-auf das Vermögen vermögensgabe i-Minister betont, da-fällig nicht be-hier soll nur in P-Härte eine Entschä-

Ferner besteht die mit Eingaben ein-hauptung, in frühe-ru sein, beantragen-Judenvermögensab-laffen. Der Ministe-nung über die Süh-Zahlung einer Kon-erlegt. Das Aufst-flecke aus sich lie-dem Sachwalter des

Kein jüdische

Bereits seit ein-ordnung des Reich-als Wirtschaftsprüf-öffentlich bekräft. Wirtschaftsmitteln den wenigen jüdisch-Bürokraten, die die Bestellung mit-1938 durch die zu-tzen ist. Wer z Reichsbürgergefeß u-Bestimmungen.

Roter Mordb

Das Berliner S-nach fast dreiwöchi-alten Otto Sch r

Ein aufschlußreicher Brief an Schulz

Wie die „Österreichischen Sturmfronten“ sich „Gefallene“ besorgten.

Gestohlene „Heldenleichen“.

DNB Berlin, 9. Dezember.

Unter den Papieren des Bundeskanzlers der Österreichischen Systemzeit Dr. Schulz ist jetzt ein Dokument gefunden worden, das eine grausame Geste, eine einzigartige Schandtat enthüllt. Man würde geneigt sein, die darin offenbar werdenden Vorgänge kaum für möglich zu halten, wenn nicht die Zeitung der SS, das „Schwarze Korps“, in ihrer 49. Folge durch familiäre Weitergabe von Briefen und Zeitungsausschnitten, die geradezu grotesken Tatsachen unter Beweis stellte. Der Tatsachenbestand in der Darstellung des Schwarzen Korps ist folgender:

Bei der Niederwerfung des marxistischen Februaraufstandes im Jahre 1934 fielen auf der Seite des Bundesheeres, der Polizei und des Heimatschutzes eine Anzahl von Opfern. Nur die von dem damaligen Minister Schulz gestohlenen und beiseite gehaltenen „Österreichischen Sturmfronten“ hatten keine Todesopfer, ja nicht einmal Verwundete zu beklagen, weil die notorisch feigen legitimen Mutterhäuser und Ministeranten, die sich in diesem buntgezeichneten Hause zusammengefunden hatten, sich wohlweislich im Hintergrund hielten. Angeht dieser Bilanz und der ewigen Eifersüchteleien zwischen den verschiedenen Stützen des Dollfußsystems mußte Schulz fürchten, mit seinen „Sturmfronten“ ins Hintertreffen zu geraten und sowohl bei den „Österreichischen Sturmfronten“ als auch bei Dollfuß und gar bei der Kirche das für seine politische Karriere dringend notwendige Renommee zu verlieren. In dieser Klemme entschloß er sich, die fehlenden Toten nachzuliefern.

Ein Mediziner wurde beauftragt, sie zu „besorgen“ und tatsächlich schaffte dieser ehrenwerte Mann fünf Leichen heran.

Die Leichen armer Teufel, die entweder irgendwo in den Straßen gestorben oder auf den Barrikaden der Kisten gefallen, ganz gewiß aber nicht in den Reihen der „Sturmfronten“, geschweige denn für Schulz, gefallen waren.

In einem „flammenhaften“ Aufruf forderte Schulz die „Sturmfronten“ damals zynisch auf, das Andenken der „Heldenmütter“ „gefälligen“ — durch einen vollkommenen Mediziner „besorgen“ — Kameraden, von denen man

nicht einmal die Namen wußte, zu ehren, um „das Sturmfrontenbanner rein und makellos in ein glückliches Österreich der Zukunft zu tragen.“

Rein und makellos“ machte Herr Schulz die große Trauerfeier für die unbekannten Soldaten der Österreichischen Sturmfronten mit, die zusammen mit den wirklichen Opfern in Anwesenheit des Bundespräsidenten Miklas, der gesamten Regierung, der Generalität, des diplomatischen Korps, des Kardinalerzbischofs Innitzer und selbstverständlich der israelitischen Kultusgemeinde mit den Herren: Präsidenten Friedmann, Dr. Rein, Löwenherz und Fuchsgeb begraben wurden.

Im Mai des gleichen Jahres, heißt es dann im „Schwarzen Korps“ weiter, wurde jener Mediziner Alfred Linhard, der die Leichen besorgt hatte, verhaftet, weil er sich zu Unrecht den Titel eines „Dr. med.“ zugelegt hatte. Aus seiner Haft schrieb er an Schulz einen Brief, in dem er unter Hinweis auf seine vaterländischen Verdienste seine Freilassung erbat bezw. erprete. In dem familiär weitergegebenen Brief heißt es: „Ich unterstütze meine Bitte mit einem Verdienst, das ich mir um die D. S. S. erworben habe und auch Ihnen, Herr Minister, bekannt sein dürfte, daß ich dem Schwarzen Korps der D. S. S. aus einer Verlegenheit half, als es hieß, das Korps hätte fünf Tote, wo in Wirklichkeit nicht einmal ein wirklich Verwundeter aus den Februarkämpfen hervorgegangen war.“

Auf Befehl des Rittm. Romig habe ich die fünf Toten besorgt und wurden diese, die nie Mitglied der D. S. S. waren, als solche bestattet.“

Dieser Brief des Mediziners Alfred Linhard aus dem Polizeigefängnis in Wien 1934 an den nachfolgenden Bundeskanzler Dr. Schulz beleuchtet in brutaler Eindringlichkeit die ganze schamlose Lügenhaftigkeit des verflochtenen Regimes in Österreich. Höhe und höchste Würdenträger machten diesen frommen Betrug ohne Wimperzucken mit: mit heuchlerischen Gebeten und schamlos vollem Augenblicksag bekräftigten sie einige „besorgte“ Leichen, die man zu Helden und Märtyrern machte.

Aus den fetsen Hinweisen auf die von ihm und seinen Anhängern gebrachten „Opfer“ leitete Schulz noch jahrelang die Berechtigung seines mörderischen Kampfes gegen die deutsche Freiheitsbewegung ab.

Gründe für die Absetzung Tschow's.

Worosschilow soll bei Stalin interveniert haben.

(1) Paris, 9. Dezember.

Zahlreiche Pariser Morgenblätter veröffentlichten verschiedene Agenturmeldungen über die Absetzung Tschow's als Chef der GPU. So liegt der Pariser Presse eine Moskauer Meldung der Agentur Tournier vor, wonach man trotz der an den höchsten sowjetischen Stellen bewährten Disziplin aus guter Quelle u. a. folgende Gründe für die Absetzung Tschow's erfahren habe:

1. Eine Intervention Worosschilow's bei Stalin. Worosschilow habe gegen die massenweisen Verhaftungen von Offizieren der Roten Armee, der Marine und der Luftwaffe protestiert.

2. Zahlreiche Proteste gegen die massenhaften Verhaftungen innerhalb der Partei und der Komintern.

3. Die Haltung der GPU gegenüber Marjall Blücher, der von Tschow beschuldigt wurde, an der Spitze einer Verschwörung gegen Stalin gestanden zu haben.

4. Eine Einmischung Tschow's in die Außenpolitik.

5. Eine Klageführung mehrerer sowjetischer Diplomaten gegen die Überwachung der Botschaften

und der Konsulate durch die GPU. In diesem Zusammenhang spreche man besonders von einem Schritt des Botschafters Luganow-Dresch gegen den seiner Botschaft beigeordneten GPU-Vertreter, der zwei Beamte zum Selbstmord getrieben habe.

6. Die Kampagne Tschow's gegen Molotow, Worosschilow, Kallinin, Litwinow und den Volkskommissar für das Postwesen, Bergmann, der 20 Jahre hindurch zusammen mit Tschow eine große Rolle in der GPU gespielt habe. Bergmann sei es im übrigen gewesen, der Jagoda Tschow ausgeliefert habe. Marjall Blücher und andere Generäle würden jetzt wahrscheinlich amnestiert und rehabilitiert werden.

Im „Figaro“ heißt es, der Nachfolger Tschow's, Berija, sei ebenfalls, wie sein Vorgänger, eine Kreatur Stalins; einen politischen Sinn dürfte man dieser Umgestaltung daher nicht beimessen. Der neue Chef der GPU werde ebenso wie sein Vorgänger nur die Befehle seines obersten Herrn durchführen. Als Anführer der bolschewistischen Partei in Tiflis habe Berija im Verhältnis zu der Bevölkerungsjahre mindestens ebensoviel unschuldige Opfer hinterlassen wie Tschow. Von einer menschlicheren Gestaltung der GPU könne also auf jeden Fall nicht die Rede sein. Seit zehn Jahren sei Stalin der wahre Herr der Polizei, wie auch immer der offizielle Chef der GPU geheißen haben möge.

Keine Billigkeitsmaßnahmen bei der Judenvermögensabgabe.

Die Verwendung des Aufkommens.

▼ Berlin, 9. Dezember.

Der Reichsfinanzminister hat angeordnet, daß Anträge auf Billigkeitsmaßnahmen bei der Judenvermögensabgabe abzulehnen sind. Er weist darauf hin, daß die Judenvermögensabgabe eine Sühneleistung ist. Nur in ganz besonders gelagerten Ausnahmefällen soll keine Entschädigung eingeholt werden.

In zahlreichen Eingaben haben Nichtjuden vorgebracht, daß sie aus den verschiedensten Gründen, z. B. auf Grund eines Arbeitsvertrages, eines Auseinandersetzungsanspruchs oder aus erblichen Gründen, eine Anwartschaft auf das Vermögen der Juden haben und daß die Judenvermögensabgabe ihre Anwartschaft beeinträchtigt. Der Minister betont, daß derartige Einwendungen grundsätzlich nicht berücksichtigt werden können. Auch hier soll nur in Ausnahmefällen von besonders großer Härte eine Entschädigung des Ministers eingeholt werden.

Ferner befaßt sich der Erlaß des Reichsfinanzministers mit Eingaben einzelner Volksgenossen, die mit der Behauptung, in früherer Zeit von Juden geschädigt worden zu sein, beantragen, ihnen aus dem Aufkommen der Judenvermögensabgabe eine Entschädigung zukommen zu lassen. Der Minister weist darauf hin, daß die Verordnung über die Sühneleistung der Juden den Juden die Zahlung einer Kontribution an das Deutsche Reich auferlegt. Das Aufkommen aus der Judenvermögensabgabe fließt ausschließlich dem Deutschen Reich als dem Sachwalter des gesamten deutschen Volkes zu.

Kein jüdischer Wirtschaftsprüfer mehr

▼ Berlin, 8. Dezember.

Bereits seit einigen Jahren werden Juden auf Anordnung des Reichswirtschaftsministers nicht mehr als Wirtschaftsprüfer oder vereidigte Buchprüfer öffentlich bestellt. Am 5. November 1938 hat der Reichswirtschaftsminister darüber hinaus angeordnet, daß bei den wenigen jüdischen Wirtschaftsprüfern und vereidigten Buchprüfern, die zur Zeit noch öffentlich bestellt sind, die Bestellung mit Wirkung zum 31. Dezember 1938 durch die zuständigen Stellen zu widerrufen ist. Wer Jude ist, richtet sich dabei nach dem Reichsbürgergesetz und den dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen.

Roter Mordbube zum Tode verurteilt

▼ Berlin, 9. Dezember.

Das Berliner Schwurgericht verurteilte am Freitag nach fast dreiwöchiger Verhandlungsdauer den 28 Jahre alten Otto Schröder entsprechend dem Antrag des

Staatsanwalts wegen Mordes in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch als Rädelsführer zum Tode und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit.

Schröder, ein früherer Funktionär des kommunistischen Roten Frontkämpferbundes, hatte am 30. Juni 1931 an einer kommunistischen Demonstration in der Frankfurter Allee teilgenommen und bei dieser Gelegenheit den Polizeioberwachmeister Emil Ruffeld, der als Führer eines Ueberfallkommandos die verbotene Demonstration auflösen wollte, hinterläßt erschossen. In der jetzigen Verhandlung vor dem Schwurgericht bestritt der kommunistische Mordbube, den tödlichen Schuß auf den Polizeibeamten abgegeben zu haben, wurde jedoch durch die Beweisaufnahme einwandfrei überführt.

Was nicht versteuert wird.

Steuerfreie Wehrmachtsverorgungsbezüge.

▼ Berlin, 9. Dezember.

Nach einer Anweisung des Oberkommandos der Wehrmacht, die im Einkommen mit dem Reichsfinanzminister ergangen ist, werden bis zu einer ausbrücklichen Regelung im Einkommensteuergesetz die folgenden Fürsorge- und Versorgungsbezüge nach dem Wehrmachtsbesatzungs- und Versorgungsgehalt nicht zum Einkommen beim Lohnsteuer herangezogen.

Die Befreiungsbeispiele, die Abfindung, auch zur Übernahme eines landwirtschaftlichen Betriebes, die laufende Unterstützung, die Dienstbezahlung, die Übergangsbeihilfe, das Krankengeld und Hausgeld, die Unterhaltszuschüsse für den Führer, das Verletzengeld, die Übergangsunterstützung, die Rente für Arbeitsverweigerung, die Pflegezulage, die Blindenzulage, das Sterbegeld, das Beihilfengeld, die Witwen- und Reiterrente, der Unterhaltsbeitrag aus Witwenrente und die Witwenabfindung aus Witwenrente, die Elternrente, Kinderzuschüsse zu den genannten Bezügen, die Kapitalabfindung und die Umzugsentschädigung.

Alle übrigen Fürsorge- und Versorgungsbezüge gehören zum steuerpflichtigen Arbeitslohn.

Amerikanisches Kleinluftschiff.

▼ New York, 9. Dezember.

In Akron (Ohio) führte am Donnerstag ein neues, nicht motorisiertes Luftschiff, das für die USA-Marine bestimmt ist, seine Jungfernfahrt durch. Es ist von der Goodyear-Zeppelin-Gesellschaft gebaut und hat ein Fassungsvermögen für Helium von etwa 11.000 Kubikmetern. Seine Länge beträgt 75 Meter. Nach der Abnahme durch das Marineministerium wird das neue Luftschiff in Lakehurst stationiert.

Reichsarbeitsdienpflicht jetzt auch in den jüdischen Gebieten. Durch eine im Reichsgesetzblatt vom 8. Dezember veröffentlichte Verordnung des Reichsministers wurde die Reichsarbeitsdienpflicht auch in den jüdischen Gebieten eingeführt.



28. 10. 1938

Das
nenn' ich
wirklich
Aroma!

Wie die Cigarette
schmeckt! Wenn sie jetzt
noch wirklich leicht ist,
dann bleibe ich immer
bei der „Astra“!



28. 11. 1938

Da
staunste!

Die
„Astra“ bekommt
und schmeckt.
Dabei bleibe ich.

Leichtigkeit und Wohlgeschmack — natürlich gewachsen — das ist das Geheimnis der „Astra“ und ihrer Bekömmlichkeit. Auch Sie werden bei der „Astra“ bleiben. Die Feinheit der Tabakblätter allein tut's nicht. Auf die Tabakauswahl und die Mischung kommt es an. Und nur im Hause Kyriazi lebt diese Kunst als Familienüberlieferung schon in der dritten Generation. Sie sorgt dafür, daß die „Astra“, unabhängig von Ernten und Jahrgängen, immer die gleiche bleibt.



KYRIAZI
4 Astra
MIT UND OHNE MUNDSTÜCK

Immer die gleiche: Reich an Aroma, besonders leicht!

**Besondere An-
Bauten für die**